

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 12

Postfach: 120 408
Telefon: (0 22 21) 21 90 38/39
Telex: 08 88 848-48 ppbn d



Inhalt

32. Jahrgang / 230

1. Dezember 1977

Bundesbildungsminister
Helmut Rohde setzt sich
mit dem Vorlesungsboy-
kott an deutschen Hoch-
schulen auseinander.

Seite 1/3

Dieter Lattmann MdB un-
tersucht, ob die öffent-
lichkeit sich an Strauß
schon gewöhnt hat.

Seite 4

Hugo Brandt MdB analy-
siert den Terrorismus-
kongreß der CDU.

Seite 5/6

Die tatsächlichen Probleme nicht verdecken

Anmerkungen zum Vorlesungsboykott an den Hochschulen

Von Helmut Rohde MdB

Bundesminister für Bildung und Wissenschaft und SPD-Vorstands-
mitglied

Aus dem Umstand, daß der Aufruf zum Vorlesungsboykott offen-
bar nur von Teilen der Studentenschaft befolgt wird, dürfen
keine falschen Schlüsse gezogen werden. Es spricht wenig da-
für, daß die anderen Studenten etwa der Auffassung sind, an
den Hochschulen gäbe es keine Probleme, für die die öffent-
liche Aufmerksamkeit in Anspruch genommen werden müßte. Für
sie dürfte vielmehr die Frage sein, ob die studentischen Spre-
cher mit ihrem Vorgehen den richtigen Weg gewählt haben,
sich der Gesellschaft verständlich zu machen.

Gegenüber manchen Äußerungen des Unmuts muß an dieser Stelle
zunächst festgestellt werden: Die Studenten sind Bürger un-
seres Staates. Sie haben wie andere Anspruch auf die Verwirk-
lichung ihres Grundrechts, sich in Wort und Schrift frei zu
äußern und sich Gehör zu verschaffen. Studenten wie Unmün-
dige und nicht wie mit politischen Rechten ausgestattete
Bürger zu behandeln, wäre ganz und gar töricht. Das muß ge-
genüber denjenigen gesagt werden, die studentische Proteste
von vornherein in eine Zone der Verdächtigung hineinmanövrie-
ren wollen.

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Kölner Straße 108-112,
5300 Bonn-Bad Godesberg
Telefon: (0 22 21) 37 88 11

Die Studenten müssen sich allerdings Fragen nach den Formen ihres Protestes gefallen lassen und sich ihnen auch stellen. So können sie nicht die Ohren davor verschließen, wohin es führt, wenn Semester auf Semester Vorlesungsboykotts die hochschulpolitische Szene beherrschen. Hochschulen sind Einrichtungen, für die Milliardenbeträge aufgebracht werden. Geburtenstarke Jahrgänge stehen vor der Hochschule und erwarten ein Bildungsangebot. Unter diesen Bedingungen ist die Arbeitsfähigkeit der Hochschulen in den Augen der Öffentlichkeit ein wichtiger Sachverhalt. Protest darf die Funktionsfähigkeit der Hochschule nicht in Frage stellen, wenn das Ziel erreicht werden soll, mehr öffentliche Anteilnahme für die Probleme der Studenten und der Hochschule zu erreichen.

Die Studenten haben nicht nur das Recht, sie haben auch Grund, sich zu Wort zu melden. Auf den ersten Blick erscheint die Lage widerspruchsvoll: Auf der einen Seite sind in den letzten Jahren mit enormen Mitteln von Bund und Ländern die Hochschulen ausgebaut worden. Mehr Jugendliche als jemals zuvor, auch aus der Arbeitnehmerschaft, können studieren. Die entscheidende Frage aber ist, ob mit dieser Expansion auch inhaltliche Ausgestaltung und Reform einhergegangen sind, ob also die Hochschule tatsächlich auf dem Weg von der traditionellen "Gelehrtenrepublik" mit ihrem standes- und gesellschaftspolitischen Umfeld vorangekommen ist zur Hochschule einer modernen, demokratischen Industriegesellschaft.

Wenn man nicht nur in einem zeitlich begrenzten Aktionismus und in einigen Vokabeln steckenbleiben will, muß das Interesse vor allen auf drei Schwerpunkte gelenkt werden:

1. auf die Studienbedingungen. Sie finden in vielen Fällen zu Recht die Kritik der Studenten: mangelnde Studienberatung und mangelnde Einführung in das Leben und die Arbeitstechniken an der Hochschule, unzulängliche Gliederung des Studienangebots, oft wenig durchschaubare Prüfungsanforderungen, Überfrachtung von Lehrplänen, auch aus dem Konkurrenz- und Statusinteresse von Fachvertretern heraus.

Diese Sorgen und Fragen verkürzen sich heute vielfach auf den Begriff der Regelstudienzeit. Dagegen ist klarzustellen: Regelstudienzeiten sollen und dürfen kein Sanktionsmechanismus sein, der einseitig den Studenten die Konsequenzen von Versäumnissen aufbürdet, die im Verantwortungsbereich von Hochschulen und Kultusverwaltungen liegen. Das eigentliche Thema ist die überfällige Studienreform, um das Studienangebot von überflüssigem Stoffballast zu entlasten, für die Studenten transparenter zu machen und zu einem Abschluß zu führen. Darauf sind die hochschulpolitischen Energien zu konzentrieren.

2. muß sich die Gesellschaft den beschäftigungspolitischen Konsequenzen eines veränderten Bildungswesens stellen. Bildungsoffensive und offensive Arbeitsmarktpolitik sind zwei Seiten ein und derselben Medaille. Die Tatsache, daß in den nächsten Jahren Hunderttausende von Jugendlichen das Bildungssystem

mit einem berufsqualifizierenden Abschluß verlassen - von der Berufsausbildung über die Fachschulen, die Fachhochschulen bis zu den Universitäten hin -, muß zu einem wichtigen Datum der Gesellschaftspolitik werden. Reformen des öffentlichen Dienstes, ein verändertes Einstellungsverhalten der Wirtschaft, auf der anderen Seite auch die Einsicht, daß ein Bildungsabschluß nicht ein Karriereticket mit Status- und Einkommensgarantien darstellt - dies alles gehört in diesen Zusammenhang. Wir brauchen in unserer Gesellschaft darüber eine offene Diskussion und Reformbereitschaft. Die Zukunftserwartungen der jungen Menschen dürfen nicht an den Interessenbarrieren des etablierten Systems auflaufen und zerbrechen.

3. Die soziale Sicherung, die soziale Flankierung der Studienzeiten, ist der dritte wichtige Gesichtspunkt in der hochschulpolitischen Diskussion. Zwar haben wir mit der Ausbildungsförderung in der Bundesrepublik ein Niveau erreicht, mit dem wir uns in der Welt sehen lassen können. Aber notwendige Verbesserungen mußten oft gegenüber einer nicht nur kritischen, sondern manchmal auch mißtrauischen und mißgelaunten Haltung in Politik und Öffentlichkeit durchgesetzt werden. Auch das beeinflusst das hochschulpolitische Klima. Dabei kann kein Zweifel daran bestehen, daß die Bildungschance und ihre soziale Absicherung zusammengehören.

Gesellschaft und Hochschule dürfen sich nicht auseinanderleben. Dies hätte schwerwiegendere Konsequenzen als manchem heute bewußt ist. Schlimm wäre eine Dialektik des Diffusen, in der verantwortungslose Diffamierung - etwa: "die Hochschulen" seien "Brutstätten des Terrorismus" - und eine gefährliche Mischung von Aggression und Resignation an der Hochschule sich wechselseitig hochschaukeln. Eines können die Studenten in diesen Wochen auf die Habenseite buchen: Diskussion und öffentliches Interesse für ihre Lage haben zugenommen - wohl auch die Diskussion in den eigenen Reihen über die Gesellschaft, ihre Reformfähigkeit und auch über ihre Gefährdungen, die in Gewalt und in einer zum Selbstzweck geratenen Provokationsstrategie liegen würden.

Entscheidend wird sein, daß sich Hochschule und Öffentlichkeit nicht nur in diesen Wochen in spektakulären Veranstaltungen begegnen, sondern daß sich daraus eine neue Kooperation entwickelt, in deren Mittelpunkt die Lösung der konkreten Probleme der Studenten in unserer Zeit steht. Eine an den Lebens- und Studienbedingungen orientierte Politik hilft weiter als die Reduktion eines komplexen Sachverhalts auf wenige Vokabeln.
(-/1.12.1977/bgy/lo)

+ + +

Strauß in seinem Widerspruch

Wie reagiert die kritische Öffentlichkeit heute auf den CSU-Vorsitzenden ?

Von Dieter Lattmann MdB

Bildungspolitischer Obmann der SPD-Bundestagsfraktion

Strauß hat wieder einmal zugeschlagen. Der Herausgeber zeichnet für den jüngsten Leitartikel des "Bayernkurier" und hat ihn wohl auch teilweise geschrieben, zumindest inspiriert. Unter der Überschrift "Was wir satt haben, Herr Schmidt!" findet man eine Schimpfkanonade auf den Bundeskanzler, die selbst für Strauß'sche Dimensionen ziemlich grenzenlos ausgefallen ist.

Was den CSU-Ministerpräsidenten-Kandidaten so erbitterte, waren Schmidts kritische Anmerkungen zu den staunenswerten Ergebnissen des Chile-Besuchs, mit dem Strauß der Bundesrepublik wieder einmal eine internationale Aufmerksamkeit besonderer Art verschafft hat. Nun also nennt er den Bundeskanzler "den deutschen Allende", der "den marxistischen Revolutionären - wie im Fall Chile - als nützlicher Hilfspwilliger" seine immerhin "befähigten Dienste leistet", und das "im Blutjahr des linken Terrors" und so weiter.

Man hat also wieder einmal Anlaß, sich zu fragen, wie ernst nimmt Strauß sich selbst und die Meinungsdemokratie in der Bundesrepublik? Was auffällt, sind gewisse Ermüdungserscheinungen in der öffentlichen Reaktion auf solch wortgewaltigen Amoklauf eines der mächtigsten Politiker in unserem Land. Unwillig bis wegwerfend, seufzend oder ergeben schicken sich allzuviele in allen politischen Lagern in das scheinbar Unvermeidliche, als sei Strauß ein unkorrigierbares deutsches Ereignis. Zwar gibt es einzelne analysierende Kommentare in den Medien, gesprochen oder geschrieben von Publizisten, die den Prozeß der Gewöhnung an die politische Maßlosigkeit des Franz Josef Strauß für einen Substanzverlust in der Auseinandersetzung um den Zustand unserer Demokratie halten. Zwar gibt es überall im Land auf öffentlichen Versammlungen, an Universitäten wie in den kulturellen Bereichen eine Haltung zwischen Betroffenheit, Furcht und Ablehnung angesichts der demokratiefeindlichen Kraftworte des Chile-Heimkehrers Strauß. Aber scheinbar regt sich niemand mehr über das Ungeheuerliche, das sich an Menschenverachtung darin kundtut, bis auf den Grund der Meinungsfreiheit auf.

Auch das allgemeine Stöhnen über das "Kreuz des Südens" ist gemessen an den Fakten eine leichtfertige Reaktion, die so tut, als könne man der Öffentlichkeit den CSU-Vorsitzenden als ein politisches Potenzwunder vorführen und für dieses Phänomen Sonderregeln an Demokratieerzicht gelten lassen. Dieser Vorgang vollzieht sich um die Person und Rolle von Franz Josef Strauß nach dem Gesetz der Wiederholbarkeit aller Zumutungen seit immerhin fünfundzwanzig Jahren.

In Wahrheit ist es längst an der Zeit zu fragen: Wieviel Grobschlächtigkeit verträgt unsere politische Kultur ohne dürftig zu werden? Wieviel Überzogenheit darf ein notorischer Wortradikaler unter den Spitzenpolitikern einer gebildeten Demokratie auflasten, ehe ihre Verletzungen chronisch werden? Das ist auch eine Frage der Sozialpflichtigkeit der vielgerühmten Strauß'schen Intelligenz.

Im übrigen machte ich heute beim Versuch, den "Bayernkurier" in der bayerischen Metropole zu erwerben, auch eine durchaus beruhigende Erfahrung: An sieben Kiosken, darunter zwei auf U-Bahnhöfen, bekam ich das Blatt nicht. Freundliche Ablehnung dieses Presseorgans formulierte hinter halbgeöffneten Ladenfenstern das "Führen-wir-nicht". Als ich endlich um Rat bat, wo denn aus dringenden beruflichen Gründen eventuell eine Ausgabe zu erstehen sei, wies mich ein Kioskbesitzer in die unterste Etage des zentralen Schwabinger Knotenpunkts. Mit einem Blick, als ginge es dort in unergründliche schwarze Tiefen, deutete er zur Treppe und sagte: "Drunten." (-/1.12.1977/ks/ben)

Wenn sich Demagogen tarnen

Nachlese zum Terrorismus-Kongreß der CDU

Von Hugo Brandt MdB

Obmann der SPD-Bundestagsfraktion im Innenausschuß des Deutschen Bundestages

"Hier findet kein Tribunal statt." Diese Beteuerung erklang mehrfach auf dem Terrorismus-Kongreß der CDU, auch aus dem Mund von Helmut Kohl, sogar von Heiner Geißler, dessen widerliche "Dokumentation" immer noch die politische Landschaft der Bundesrepublik verschandelt.

In der Tat, der Eindruck war täuschend genug: Die für die Lebenskraft unserer Demokratie dringend nötige Auseinandersetzung über die Wurzeln von Gewalttätigkeit in unserer Lebensordnung, aber eben auch in vielen anderen Staaten mit parlamentarisch-demokratischer Verfassung, fand auch auf dem Kongreß statt. Das ist zu begrüßen. Wir ermuntern diese Wissenschaftler, ihre Arbeit verstärkt fortzusetzen.

Aber es darf auch nicht verschwiegen werden, daß Wissenschaftler auftraten, deren Ausführungen allenfalls als Rechtfertigungsideologien für eine Politik geeignet sind, die sich in Lobpreisungen für Mordregierungen anderer Länder äußert. Insoweit war Strauß auf diesem Kongreß der CDU präsent. Insoweit wiederholte sich das Erscheinungsbild der CDU, wie wir es aus zahllosen anderen Anlässen kennen: Weil man nicht die Kraft hat, sich für geistige und politische Klarheit zu entscheiden, bietet man ein unvereinbares Konglomerat an, aus dem sich jeder für seinen Bedarf etwas aussuchen kann. Geistig-politische Führungsansprüche von Parteien lassen sich so nicht verwirklichen.

Insbesondere der Generalsekretär der CDU zeichnete sich durch Verbeugungen in Richtung CSU aus. Er denunzierte die eine wesentliche geistige Grundlage der demokratischen Arbeiterbewegung, den Marxismus, als eine Ausgangsbasis für Terror und totalitäre Herrschaft, als mit der Demokratie unvereinbaren Denkansatz. Dieser Versuch der Konservativen ist nicht neu.

Auf dem Kongreß wurde unter anderem die Forderung erhoben, man müsse Theoretiker für die auch ungewollten Folgen ihrer Ausführungen verantwortlich machen. Will das Herr

Geißler auch für sich gelten lassen? Dann muß er sich nämlich entgegenhalten lassen, daß er mit seinen Äußerungen eine vitale Wurzel unserer sozial verpflichteten Demokratie abschneidet und damit Gräben zwischen den verschiedenen, unser Grundgesetz tragenden Kräften aufreißt. Von einer solchen Politik geht eine schwere Gefährdung für die Überlebensfähigkeit der Demokratie in Zeiten schwerer Herausforderungen aus. Wer die demokratische Arbeiterbewegung und ihre theoretischen Grundlagen so denunziert, wie das viele CDU-Politiker tun, der tötet die Demokratie.

So muß diesem Kongreß wie manchem anderen Versuch der CDU das Zeugnis ausgestellt werden, es habe sich dabei um eine Täuschungsaktion für Presse und Fernsehen gehandelt. Die Doppelstrategie, einerseits auf den "offiziellen" Bühnen "staatsmännisch" aufzutreten und allenfalls in "theoretischer" Form Gift zu träufeln, andererseits bei Gelegenheiten, die nicht der öffentlichen Aufmerksamkeit unterliegen, den demokratieschädigenden Demagogen herauszukehren, wird von der CDU fortgesetzt.

Der aktuellste Beleg für diesen Befund stammt vom 25. November, vier Tage vor Beginn dieses CDU-Kongresses. Als "Dokumentation" der CDU/CSU-Bundestagsfraktion liegt ein Papier vor, das noch infamer ist als das Geißlersche Pamphlet. Auf der Hälfte der 52 Seiten findet man eine Chronologie, überschrieben "Kalender des Schreckens: Daten - Fakten - Zitate". Über einen Zeitraum von zehn Jahren werden terroristische Mordanschläge und andere Verbrechen mit Zitaten der Männer vermischt, die schon in der Geißler-"Dokumentation" aufgeführt worden waren.. So wird auf perfide Weise der Eindruck erweckt, an einem Tag habe ein Politiker eine Äußerung getan, die den Terror verharmlose oder beschönige, am nächsten Tag sei das nächste Verbrechen erfolgt. Mit solchen Ausführungen, so darf man annehmen, werden jetzt CDU/CSU-Abgeordnete ihre Wählerversammlungen bestreiten.

Wer so arbeitet, zerstört auf systematische Weise die unersetzlichen Grundlagen für die gemeinsame Bekämpfung des Terrors. Der Geruch von Hexenjagd und Mc Carthyismus hat sich verstärkt. Die Antwort des CDU-Generalsekretärs auf eine Interviewfrage, ob er seine "Dokumentation" zurückziehen wolle, lautete gestern: "Wir haben durch diese Fachtagung dieses Stadium längst überschritten und werden als eigentliche Grundlage der geistigen Auseinandersetzung über dieses Thema selbstverständlich die Ergebnisse dieser Fachtagung zugrunde legen." Kann man da von etwas anderem als einer Lüge sprechen?

Oder will Herr Geißler, in der Partei der engste Mitarbeiter von Helmut Kohl, behaupten, von diesem Vorgang nichts zu wissen? Das Fraktionspamphlet ist unter Federführung des in dieser Hinsicht einschlägig bekannten Abgeordneten Reddemann erstellt worden. Soll uns jetzt glauben gemacht werden, Herr Kohl habe davon nichts gewußt? Näher liegt doch wohl die Annahme, daß der Vorsitzende der Fraktionsgemeinschaft CDU/CSU nicht die charakterliche Stärke hat, solchen Kollegen das Handwerk zu legen. Er will eben Kanzlerkandidat bleiben - um jeden Preis, und sei es auch darum, daß die Handlungsfähigkeit unseres parlamentarisch regierten Gemeinwesens zerstört oder als Kulisse stehengelassen wird.

Für die sozialliberale Koalition kommt es um so mehr darauf an, ihre Pflicht zu tun und sich energisch gegen diese, gegen die Überlebensfähigkeit unserer Demokratie gerichteten Praktiken zu wehren. Die Verteidigung der Republik kann nur durch die Republik geschehen. Wer an die Stelle des demokratischen Ringens die Verdächtigung stellen will, hat das Recht verwirkt, sich als Retter aufzuspielen. Das ist dann nur noch die heuchlerische Kehrseite der Demagogie.

(-/1.12.1977/ks/hgs)